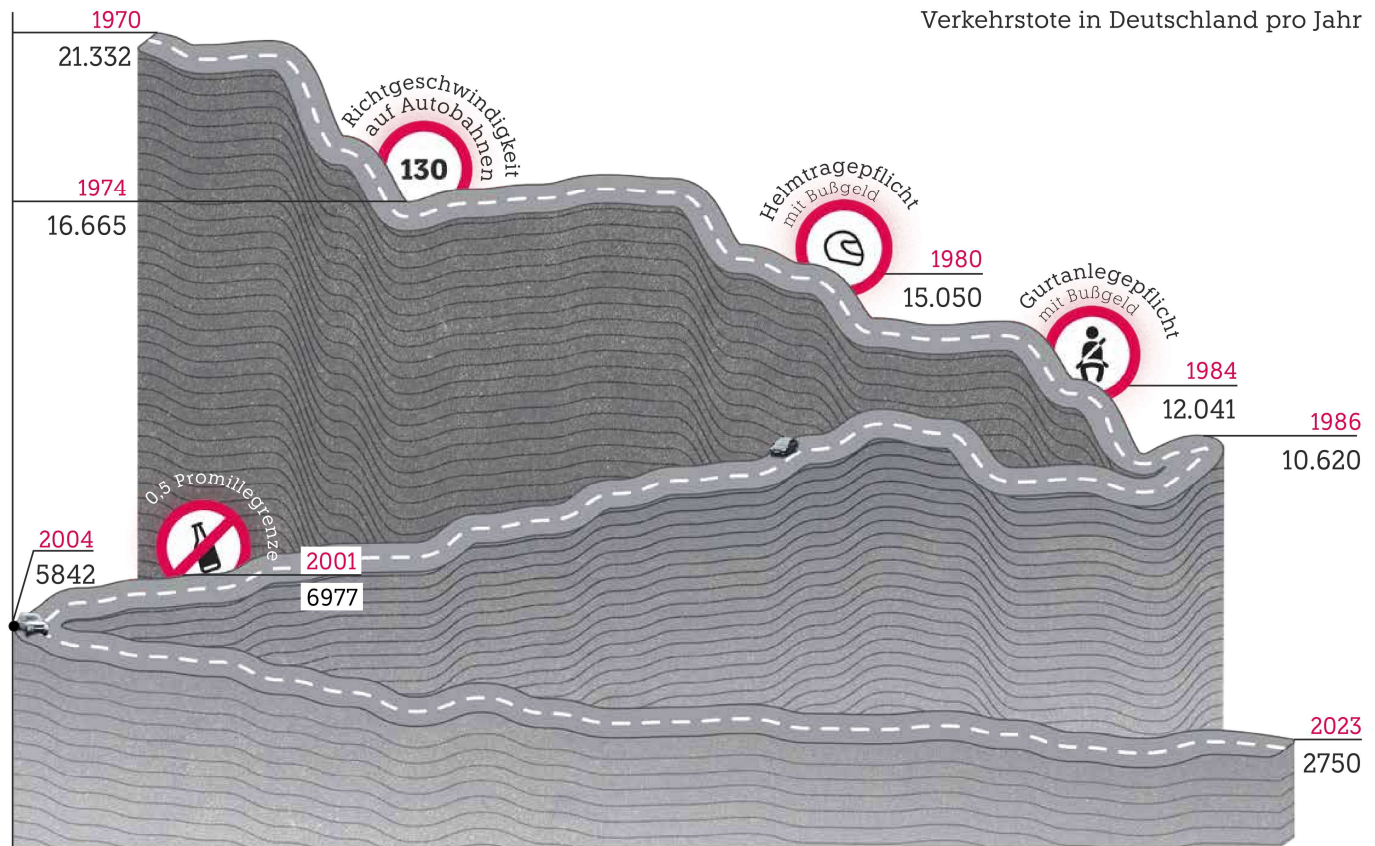


Verkehrstote in Deutschland pro Jahr



Grafik: Anna Eschenbacher, Johanna Hartmann, Francesca Morini. Quelle: Statistisches Bundesamt. Fotos: stock.adobe.com

die gute nachricht

Die Straßen werden sicherer

Im Jahr 2023 sind von Januar bis September 2.750 Menschen im Straßenverkehr gestorben. Das sind 40 Personen weniger als im Vorjahr. Auch wenn der Rückgang gering erscheint, zeigt sich mit Blick auf die langfristige Entwicklung ein beeindruckendes Bild: 1970 waren es noch knapp achtmal so viele, nämlich etwa 21.000 Verkehrstote. Vier Jahre später waren es rund 17.000. In der Zwischenzeit wurde Tempo 100 auf Landstraßen eingeführt, außerdem durften Autofahrer:innen nur noch maximal 0,8 Promille

haben. Ordnungspolitische Entscheidungen haben also durchaus eine reale Auswirkung. Die Autos wurden dazu immer sicherer und mit der Gurtpflicht, eingeführt im Jahr 1984, sanken die Zahlen weiter: Im Jahr 1998 waren es noch knapp 8.000 Verkehrstote jährlich. Heute befinden sie sich, auch dank der 0,5-Promille-Grenze, auf einem Tiefstand. Einzig 2021 wurde er noch unterboten, was wohl daran lag, dass die meisten pandemiebedingt zu Hause geblieben sind.

Dunja Batarilo



Ulrike Herrmann
Cash & Crash

Griechenlands Wirtschaft wird ausgezeichnet, das ist ein guter Marketingschachzug

Was für eine Überraschung: Ausgerechnet der einstige Pleitestaat Griechenland wurde vom britischen Wirtschaftsmagazin *Economist* zur „besten Wirtschaft des Jahres“ 2023 gekürt. Das Blatt hat 35 OECD-Staaten untersucht, und Griechenland punktete vor allem mit seiner niedrigen Kerninflation von nur 3,4 Prozent. Außerdem legten die Aktien um 43 Prozent zu. Deutschland hingegen landete auf Platz 27.

Es ist bereits das zweite Jahr in Folge, in dem Griechenland beim *Economist* auf Platz eins steht. Denn das Land wächst rasant. 2021 legte die griechische Wirtschaft um satte 8,4 Prozent zu, 2022 waren es 5,6 Prozent, und 2023 noch immer 2,4 Prozent. Von so einem Wachstum können die Deutschen nur träumen. Angetan sind daher auch die internationalen Ratingagenturen. Bereits im Oktober bewertete Standard & Poors die griechischen Staatsanleihen mit einem BBB-. Wenig später folgte die Agentur Fitch mit der gleichen Einschätzung.

Damit ist Griechenland zwar noch weit entfernt von der Bestnote AAA; trotzdem ist BBB- eine magische Grenze, weil es sich um einen „Investment Grade“ handelt. Die griechischen Staatsanleihen gelten nun als eine sichere Anlage. Bisher wurden die Papiere mit desaströsen „Ramsch“-Noten bedacht, sodass es für Griechenland fast unmöglich war, Kredite zu bekommen.

Fast 15 Jahre musste das Land mit dem Ramsch-Status leben. Denn im Frühjahr 2010 musste Athen zugeben, dass die staatliche Schuldenlast weit höher war, als es die offiziellen Statistiken ausgewiesen hatten. Prompt traten die privaten Banken die Flucht an: Niemand wollte noch Geld an Griechenland verleihen. Das Land wäre sofort pleite ge-

Aber der Schwarzmarkt ist riesig, 60 Milliarden Euro wurden nicht versteuert

wesen, wenn nicht die Eurostaaten und der Internationale Währungsfonds (IWF) eingesprungen wären. Im Gegenzug musste sich das Land zu drakonischen Sparmaßnahmen verpflichten, die eine beispiellose Krise auslösten: Am Ende lag die offizielle Arbeitslosigkeit bei 25 Prozent. Jetzt scheint die Eurokrise überwunden. Um noch eine gute Nachricht zu zitieren: Griechenland konnte einige Rettungskredite vorzeitig zurückzahlen. So tilgte der griechische Staat kürzlich 5,29 Milliarden, obwohl diese Raten erst 2024 und 2025 fällig gewesen wären. Auch beim IWF hat Griechenland keine Schulden mehr. Die Kredite von 28 Milliarden Euro wurden bereits 2022 zurückgezahlt – fast zwei Jahre früher als geplant.

Ist damit alles gut in Griechenland? Leider nein. Das Land ist immer noch ärmer, als es vor der Eurokrise war. Die Wirtschaft boomt zwar neuerdings – aber auf einem sehr niedrigen Niveau. Allerdings ist es nicht leicht, die griechische Wirtschaft korrekt statis-

tisch zu messen, denn der Schwarzmarkt ist riesig. Griechenlands Zentralbankchef Yannis Stournaras hat es kürzlich vorgerechnet: Bei den Finanzämtern wurden 2022 nur rund 80 Milliarden Euro an privaten Einkommen deklariert – der private Verbrauch erreichte aber 140 Milliarden Euro. 60 Milliarden Euro wurden also nicht versteuert, wodurch der Staat 18 Milliarden Euro verloren hat, rund 30 Prozent der gezahlten Steuern.

Stournaras will daher durchsetzen, dass in Griechenland nur noch digital gezahlt werden darf, damit jede Transaktion erfasst wird.

Die Idee ist gut, aber noch nicht umgesetzt. Es ist also erstaunlich, dass der *Economist* ein Land zur „besten Wirtschaft des Jahres“ kürt, in dem große Teile der Einkommen nicht versteuert werden. Aber gutes Marketing war es.

Ulrike Herrmann ist Wirtschaftskorrespondentin der taz. Hier analysiert sie monatlich ein Zukunftsthema aus ökonomischer Perspektive.